

Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041 Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



17.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021

Budget de la Confédération 2018 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2019–2021

Differenzen - Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.17 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 28.11.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.17 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.12.17 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.17 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement des Innern - Département de l'intérieur

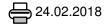
306 Bundesamt für Kultur 306 Office fédéral de la culture

Antrag der Kommission A231.0120 Kulturabgeltung an die Stadt Bern Festhalten

Proposition de la commission A231.0120 Indemnité versée à la ville de Berne pour la culture Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Wir haben noch 13 Differenzen; dies einfach als Information. Diese Differenz hier betrifft die Kulturabgeltung an die Stadt Bern. Hier halten wir fest, das heisst, Ihre Finanzkommission will der Stadt Bern die Pauschale, die eigentlich vereinbart ist, zukommen lassen.

Angenommen - Adopté



1/6



Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041 Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



318 Bundesamt für Sozialversicherungen 318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Kommission A231.0239 Leistungen des Bundes an die AHV Festhalten

Proposition de la commission A231.0239 Prestations versées par la Confédération à l'AVS Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Das kennen Sie: Hier existieren zwei Konzepte, wie die Tranche von 440 Millionen Franken, die durch die Ablehnung der Altersvorsorge 2020 unerwartet entstanden ist, verwendet wird. Der Nationalrat will sie in die AHV integrieren, der Bundesrat will sie in den Bahninfrastrukturfonds integrieren. Ihre Finanzkommission hat sich gegen die AHV entschieden.

Angenommen – Adopté

341 Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen 341 Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

Antrag der Mehrheit A231.0255 Qualitätssicherung Milch Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit (Hefti, Abate, Fetz, Müller Philipp, Zanetti Roberto) A231.0255 Qualitätssicherung Milch Festhalten

Proposition de la majorité
A231.0255 Assurance de la qualité du lait
Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité (Hefti, Abate, Fetz, Müller Philipp, Zanetti Roberto) A231.0255 Assurance de la qualité du lait Maintenir

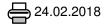
Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Hier geht es um das bekannte Thema Qualitätssicherung Milch. Soll die Branche ihre Qualitätssicherung selber bezahlen, so wie das alle anderen Branchen auch tun? Das will die Minderheit; die knappe Mehrheit will das nicht. Sie werden entscheiden.

Hefti Thomas (RL, GL): Die Minderheit hat nicht das Geringste gegen die Landwirtschaft, im Gegenteil. Teile der Minderheit haben vielleicht auf dem Weg hierher schon bei den Direktzahlungen ihre Haltung geändert oder waren von Anfang an für den höheren Betrag bei der Position. Wir hatten aber doch auch die Motion Dittli 16.3705, und wir haben diese 3 Prozent Teuerungskorrektur. Irgendwann, so denkt die Minderheit, müssen wir doch noch sagen, dass wir uns an diese Motion erinnern, zumindest diejenigen, die damals der Motion zugestimmt haben.

Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zu folgen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Minderheitsantrag entspricht der Position des Bundesrates. Es bestünde hier die Gelegenheit, mit einer Subvention, bei der es sich mit Blick auf die Empfänger um eine Bagatellsubvention handelt, aufzuräumen.

Ich bitte Sie, der Minderheit und dem Bundesrat zu folgen.





Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041 Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit ... 20 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen (2 Enthaltungen)

AB 2017 S 947 / BO 2017 E 947

Justiz- und Polizeidepartement Département de justice et police

420 Staatssekretariat für Migration 420 Secrétariat d'Etat aux migrations

Antrag der Kommission A231.0153 Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge Festhalten

Proposition de la commission

A231.0153 Aide sociale pour requérants d'asile, personnes admises à titre provisoire, réfugiés Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Hier geht es darum, dass der Nationalrat 41 Millionen Franken weniger bei der Position "Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge" gesprochen hat. Die Mehrheit des Nationalrates hat dafür die altbewährte Formel, die man eigentlich gemeinsam entwickelt hat, um die Anzahl der Flüchtlinge zu berechnen, kurzerhand einfach ausser Kraft gesetzt, weil es aus ihrer Sicht noch ein paar Millionen Franken brauchte, damit die Schuldenbremse eingehalten wird.

Ihre Kommission sagt dazu Nein, weil es nicht geht, mitten im Prozess die Spielregeln zu ändern. Deshalb halten wir an unserem Antrag – gemäss Bundesrat – fest.

Angenommen – Adopté

Finanzdepartement – Département des finances

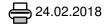
606 Eidgenössische Zollverwaltung 606 Administration fédérale des douanes

Antrag der Kommission A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget) Festhalten

Proposition de la commission A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire) Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Einfach damit Sie wissen, über was Sie jetzt abstimmen werden: Hier geht es um die 30 zusätzlichen Stellen für das Grenzwachtkorps. Dagegen hat niemand wirklich etwas. Das Problem ist einfach, dass man diese 30 Stellen wegen des Plafonds von 35 000 Stellen, den die Mehrheit der Räte beschlossen hat, dann bei der Steuerverwaltung kürzen muss. Das scheint uns keine kluge Strategie zu sein.

Angenommen – Adopté





Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041
Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung Département de l'économie, de la formation et de la recherche

701 Generalsekretariat WBF 701 Secrétariat général du DEFR

Antrag der Kommission A231.0183 Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) Festhalten

Proposition de la commission A231.0183 Institut fédéral des hautes études en formation professionnelle (IFFP) Maintenir

750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation 750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

Antrag der Kommission A231.0259 Pauschalbeiträge und höhere Berufsbildung Festhalten

Proposition de la commission A231.0259 Indemnités forfaitaires et formation professionnelle supérieure Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Bei Position 701.A231.0183 halten wir an unserem Entscheid fest, der innerhalb eines ganzen Konzeptes entstanden ist, nämlich, dass bei sämtlichen Bildungsinstitutionen ein Teil der Kürzungen zurückgenommen wird. Das wären hier beim Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung rund 400 000 Franken. Es gibt keinen Grund, warum dieses Institut das nicht bekommen soll und die anderen Institutionen der Bildung doch.

Bei Position 750.A231.0259 ist der Fall umgekehrt. Bei der Berufsbildung, darüber haben wir gestern Abend bei der Besprechung der Differenzen noch etwas intensiver diskutiert, ist es nun effektiv so, dass dort in den letzten Jahren sehr ordentlich aufgestockt worden ist. Das war auch richtig, wir haben das entsprechend unterstützt, nicht zuletzt auch, um die Pauschalbeiträge an die Absolventen einer höheren Berufsbildung einzuführen; das ist alles im Antrag des Bundesrates enthalten. Deshalb gibt es keinen Grund, hier nochmals zu erhöhen, zumal jetzt der Betrag um einiges über die gesetzlich vorgegebenen 25 Prozent des Bundes steigt. Ich sage Ihnen das einfach ein bisschen ausführlicher, damit Sie wissen, warum wir so entschieden haben.

Angenommen – Adopté

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr 802 Office fédéral des transports

Antrag der Mehrheit A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds Festhalten

Antrag der Minderheit (Müller Philipp, Germann, Hefti, Hösli) A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041
Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



Proposition de la majorité A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire Maintenir

Proposition de la minorité (Müller Philipp, Germann, Hefti, Hösli) A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire Adhérer à la décision du Conseil national

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Wir müssen jetzt eben das Konzept des Bundesrates behandeln, wie mit den Überschüssen umzugehen ist. Er schlägt vor, diese in den Bahninfrastrukturfonds zu legen, nicht um dort primär Bahnprojekte zu unterstützen, sondern um Flexibilität in Bezug auf allenfalls kommende Sparmassnahmen zu erhalten. Die Mehrheit folgt dem. Die Minderheit findet, man sollte den ganzen Überschuss in den Schuldenabbau stecken.

Müller Philipp (RL, AG): Ich verzichte auf längere inhaltliche Ausführungen. Sie kennen das Thema mittlerweile. Es

AB 2017 S 948 / BO 2017 E 948

geht um rund 295 Millionen Franken, die die Minderheit in den Schuldenabbau und nicht in den Bahninfrastrukturfonds stecken möchte. Wir hatten die gleiche Argumentation schon einmal. Es geht letztlich auch um eine strikte Einhaltung der Schuldenbremse.

Maurer Ueli, Bundesrat: Das ist die grösste Differenz zum Nationalrat. Das wird dann wohl auch in einer Einigungskonferenz eine Rolle spielen. Ich bitte Sie ebenfalls, der Mehrheit zu folgen, weil das die Möglichkeit gibt, das Budget ohne andere Einschränkungen mit Einhaltung der Schuldenbremse zu genehmigen. Der Nationalrat ist mit seiner Lösung im Moment etwa 30 Millionen Franken über der Schuldenbremse. Das müsste dann korrigiert werden. Wenn Sie hier festhalten, haben Sie den Spielraum.

Abstimmung – Vote Für den Antrag der Mehrheit ... 31 Stimmen Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen (0 Enthaltungen)

- 3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2018
- 3. Arrêté fédéral lb concernant le cadre financier inscrit au budget 2018

Anhang 1 - Annexe 1

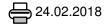
Finanzdepartement – Département des finances

614 Eidgenössisches Personalamt 614 Office fédéral du personnel

Antrag der Kommission Personalbedarfsplanung und Ressourcensteuerung Festhalten

Proposition de la commission Planification des besoins en personnel et pilotage des ressources Maintenir

Angenommen - Adopté





Ständerat • Wintersession 2017 • Zehnte Sitzung • 12.12.17 • 08h15 • 17.041
Conseil des Etats • Session d'hiver 2017 • Dixième séance • 12.12.17 • 08h15 • 17.041



- 4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2019–2021
- 4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2019-2021

Art. 2 Bst. a, c, h, l, n2, n3, n5 Antrag der Kommission Festhalten

Art. 2 let. a, c, h, l, n2, n3, n5 Proposition de la commission Maintenir

Fetz Anita (S, BS), für die Kommission: Kurz dazu, worum es bei Buchstabe I geht: Der Nationalrat will etwa 3,5 Millionen Franken für Projekte beim Zivildienst streichen, die im Umweltbereich gemacht würden – dort gibt es Entschädigungen. Der Bundesrat hat uns gesagt, das werde mittelfristig sowieso überprüft. Wir finden, dass man das jetzt beim Finanzplan und beim Budget nicht ohne Hintergrundwissen machen sollte. Auch wenn wir allenfalls einzeln abstimmen werden, werde ich die drei Anträge zu den Buchstaben n2, n3 und n5 miteinander begründen, denn die Begründung ist überall dieselbe. Wie Sie sehen, will der Nationalrat bis ins Jahr 2021 die Unterstützung für das Schweizerische Sozialarchiv, für die Stiftung Schweizerische Theatersammlung und für die Schweizerische Friedensstiftung abschaffen. Ihre Finanzkommission beantragt Ihnen Festhalten; es gibt aus ihrer Sicht keinen Grund, diesen Organisationen nun die Unterstützung zu streichen. Falls man dies vertiefen will, kann man das bei der Kulturbotschaft tun.

Maurer Ueli, Bundesrat: Nur, damit Sie wissen, worüber Sie bei den Buchstaben n2, n3 und n5 entscheiden: Im Durchschnitt der letzten Jahre waren die Beiträge an das Sozialarchiv jährlich knapp 1,4 Millionen Franken, an die Theaterstiftung waren es jährlich 450 000 Franken, und an Swisspeace waren es 900 000 Franken.

Angenommen - Adopté